

Manfred Backerra - Einführung

Das Seminar fand am 150. Todestag Heinrich Heines statt. Weil er ein einiges starkes Deutschland wollte, spottete er:

*Franzosen und Russen gehört das Land, das Meer gehört den Briten.
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums die Herrschaft unbestritten.*

Die Vorträge blicken auch auf den wahr gewordenen Traum des Deutschen Reiches zurück, das Heine nicht mehr erleben durfte.

Die Seminar-Idee entstand, als die Nachforschung zu einem Beschluß des Bundestages vom Juni 2005 zur Vernichtung der Armenier 1915, wonach das Reich schuldhaft „involviert“ war, genau das Gegenteil erbrachte: Botschafter, Konsuln, deutsche Armee-Oberbefehlshaber, Generaldirektor der Bagdad-Bahn, Soldaten und Zivilisten – sie intervenierten sofort, auch unter Lebensgefahr, um die Armenier zu retten, meldeten anschließend und wurden von oben unterstützt. Warnungen, Bitten, Vorschläge an die Regierung zum Schutz der Armenier wurden umgehend beantwortet oder mit Auftrag an die Botschaft gegeben. Selbst der Weg über den Reichskanzler, der im Krieg sicher voll ausgelastet war, dauerte nur fünf Tage. Die Selbständigkeit unten, das Unterstützen von oben sowie das schnelle Handeln der Regierung bei viel weniger Personal als heute wirkten sehr effizient.

Die Erkundigung bei Fach-Historikern ergab: Ja, Preußen und das Reich waren effizient. Glücklicherweise waren diese Historiker auch bereit, darüber im Seminar vorzutragen.

Natürlich kann auch ein ganztägiges Seminar nicht alle Fragen nach dem Warum beantworten. Das Ethos des Dienens, das damals überwiegend herrschte, wird als Basis vorausgesetzt. Alfred Kerr, der als unbestechlicher Gesellschaftskritiker ab 1895 fast sechs Jahre jede Woche einer Breslauer Zeitung aus der Reichshauptstadt berichtete, meldet als einzigen großen Skandal eines Staatsdieners die Amtsenthebung des Polizeichefs von Wandsbek, der einem Posthilfsboten den Hintern versohlt hatte – wegen Faulheit.

Staat und Staatsdiener hatten auch damals ihre Schwächen. Aber für ihre Zeit und im Vergleich zu vergleichbaren Staaten kamen sie dem Ideal schon recht nahe. Wenn heute behauptet wird, Deutschland sei damals politisch rückständig gewesen, weil noch nicht „im Westen“ angekommen, so muß man mit Blick nach außen fragen: Wäre das Reich „westlicher“ und weniger „rückständig“ gewesen, wenn es sich wie die USA militant ausgebreitet, Ureinwohner ausgerottet, Spanien die Kolonien weggenommen, wenn es wie England rücksichtslos kolonisiert und die Buren unterjocht, wenn es wie Frankreich Marokko gewaltsam unterworfen, wenn es wie der belgische König den Kongo versklavt hätte?

Aber es war ja keine Demokratie! In der Tat, Preußen war keine Demokratie und das Reich de jure ebenfalls nicht. Doch zumindest das Reich war damals in der politischen Kultur und der demokratischen Beteiligung des ganzen Volkes den angeblichen Musterdemokratien Frankreich, England, USA and anderen mehr als ebenbürtig.

Das ist das Urteil einer amerikanischen Geschichtsinstitutlerin aus Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, die ein Buch über den großen parlamentarischen Gegner Bismarcks, Ludwig Windthorst, geschrieben hat. Sie hat dann zehn Jahre über Wahlen und politische Kultur im kaiserlichen Deutschland geforscht und ist dabei bis in die Lokalzeitungen eingestiegen. Ihr Buch „Practicing Democracy“ erschien 2000; es gilt bei Historikern als ein Meilenstein in der Forschung über Preußen-Deutschland. Die (von Anderson abgeseignete) Quintessenz lautet: Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer (Frauen hatten es weltweit noch nicht), wurde im größten Teil Deutschlands, dem Norddeutschen Bund 1867, im Reich 1871 eingeführt. Nur Griechenland (1844) und Frankreich (1852) waren früher. England schaffte erst 1918, US-Amerika praktisch sogar erst 1965 ein gleiches Wahlrecht. Frühere Daten der Brockhaus Enzyklopädie sind unkorrekt. Im Reich wurde bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre gewählt, in England normalerweise alle sieben Jahre. Die Macht des Reichstags war de facto so groß, wie die anderer Parlamente, auch wenn er nicht die Regierung wählte.

Wahlen und politische Praxis waren um einiges kultivierter als in den genannten Ländern. Gewalt, Betrug und Bestechung, die noch bis nach 1945 in den USA beklagt wurden, kamen praktisch nicht vor, allerdings, wie in anderen Ländern auch, massive Pressionen von Arbeitgebern und anderen Mächtigen. Auch der Staat stand nicht so „über den Parteien“, wie er es vorgab. Doch besonders staatliche Wahlhilfe führte in der Regel zur Annullierung der Wahl durch die Wahlprüfungskommission des Reichstags und zur Neuwahl. Es war fast undenkbar, daß der Staat Kommunen für ein gewünschtes Wahlverhalten bestach, durch sachlich nicht gerechtfertigte Investitionen, Bahnlinien oder ähnliches, wie in Frankreich üblich. „Der nicht objektive“, d.h., politische Einsatz staatlicher Ressourcen, verletzte das deutsche Gefühl für Anstand“, schreibt Anderson. Der Reichsstatthalter von Elsaß-Lothringen hatte das französische Beispiel vor Augen und wollte es versuchen. Aber gegen das Rechtsbewußtsein seiner Beamenschaft hatte er, immerhin ein Generalfeldmarschall, keine Chancen.

Während des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze wurden die bekämpften Parteien, das Zentrum und die Sozialisten immer stärker. Der angebliche Obrigkeitsstaat war nämlich in erster Linie Rechtsstaat, auch im Bewußtsein des Volkes. Er schützte den Wähler besser als andere Staaten. In England waren Wahlanfechtungen eine sehr kostspielige persönliche Sache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Im Reich waren sie staatlich und kostenlos.

Der angebliche Untertan hatte Zivilcourage und nutzte seine Rechte, auch auf eigenes Risiko. Eher als in anderen Ländern schuf er starke Parteien, die ihm Halt und Unterstützung sowie auch wirkliche Alternativen gaben. Nicht zuletzt sicherten sie auch durch Beobachter den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen. Das Volk bejubelte zwar den letzten Kaiser, aber wenn er sich parteiisch einmischte, gewann die Opposition. Bebel meinte, jede Rede des Kaisers bringe ihm 100 000 neue Stimmen.

Trotz grimmigster Gegensätze, waren die Parlamentarier vereint, wenn es um ihr Recht ging. Die Reichsverfassung sagte: Jeder Abgeordnete ist der Vertreter des ganzen Volkes. Parteien wurden nicht erwähnt. Jeder wählbare Bürger konnte sich damit zur Wahl stellen, auch wenn seine Partei Versammlungs-, Organisations- und Publikationsverbot hatte, wie die Sozialistische Arbeiterpartei bis 1890. In der Wahl(kampf)zeit von vier Wochen, die durch Stich- und Nachwahlen verlängert wurde, konnten sie auch alles sonst Verbotene als Wahlkampfmaterial drucken und verbreiten sowie Wahlveranstaltungen durchführen. Freilich gab es Verstöße der Polizei, aber selten; sie wurden schnell korrigiert.

Als gewählte Abgeordnete genossen auch Sozialisten die parlamentarische Immunität. Durch einfaches Reichstagsvotum wurden vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode aufgehoben. Es beweist die starke parlamentarische Kultur, daß von Anfang an die Abgeordneten dieses Votum auch für ihre ärgsten Feinde abgaben, selbst für so systemfeindliche wie die Sozialisten, die ihrem Führer Bebel applaudierten, als er noch 1903 auf dem Dresdner Parteitag ausrief: „Ich will der Todfeind dieser Gesellschaft in dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“ (E. Bödecker, Preußen) Keine Partei wurde ausgegrenzt. Bewundernswürdigerweise gab es diese Fairneß auch sonst: In Hamburg sammelten bürgerliche Progressive große Summen für die Familien von 65 Sozialisten, die aufgrund der Sozialistengesetze aus der Stadt gewiesen worden waren. Zwei oberschlesische Abgeordnete des Zentrums waren gefeierte Strafverteidiger für Sozialisten aus Breslau.

Noch ein sehr demokratischer Usus von damals verdient Erwähnung: Wahlversammlungen dienten noch wirklich der Information durch Auseinandersetzung mit dem Gegner. Das Präsidium einer Partei-Veranstaltung wurde von den Anwesenden gewählt (wahrscheinlich durch Akklamation). Waren die Teilnehmer der veranstaltenden Partei in der Minderheit, konnte durchaus ein Gegner das Podium übernehmen. Noch wichtiger: In jeder Wahlversammlung mußte ein „Diskussionsredner“ einer anderen Partei eingeladen oder zugelassen werden. Dieser sprach nach dem angekündigten Redner. Ihm stand mindestens eine halbe Stunde Redezeit zur Verfügung. Können sich heutige Wahlveranstaltungen und Talk Shows damit messen?

Zu diesem Bild gehört noch eine bemerkenswerte Toleranz und Freiheit der Presse. Der oben erwähnte Gesellschaftskritiker Alfred Kerr schrieb in „Briefe aus der Reichshauptstadt“: „Die Berliner Gesellschaft, der ich schon viel Übles nachgesagt habe und, so Gott will, nachsagen

werde, hat ihre guten Seiten. Ihre beste ist die, daß sie tolerant ist.“ So konnte er sich 1897 auch ungestraft respektlos über die Strafexpedition gegen China und über den Kaiser lustig machen: „Unsere deutschen Brüder marinesoldatischen Berufs sind ausgerückt. Ob dieser Krieg als ein heiliger bezeichnet werden darf, läßt sich im Moment nicht feststellen. Unbenommen bleibt die Möglichkeit, daß er sich dazu auswächst. Unser rüstiger Monarch, der zumal bei feierlichen Anlässen seine Stellung so glücklich und intensiv auszufüllen weiß, hat den Krieg, wie viele voraussahen, mit einer längeren Ansprache eröffnet. Die Segenswünsche, mit denen er die Wegreisenden begleitete, finden ein Echo in unserem Herzen; alle wünschen wir, daß da unten in China kein Unglück geschehe, und daß der Feldherr Heinrich (Bruder des Kaisers und Geschwaderchef), wenn er schon einmal mit der gepanzerten Faust den Lorbeer um die junge Stirn flicht (eine Persiflage auf die Worte des Kaisers), die vorhergehenden Erfolge mehr durch die Wucht und den Glanz des Erscheinens als durch umständliche und verhängnisvolle Schießgefechte erringe.“

Es gibt also gute Gründe, die damalige Praxis mit mehr als nur historischem Interesse zu betrachten. Wir können daraus lernen, auch wenn das Staatswesen komplizierter geworden, d.h., gemacht worden ist. In unserem überregulierten Staat gilt ja nicht nur gemäß Cicero (*De officiis* I, 10, 33) *summum jus, summa injuria* (höchstes, also Kompliziertestes Recht ist höchstes Unrecht), sondern zu oft auch Ineffizienz. Wie es auch anders geht, zeigen die folgenden Referate. Die Vortragenden sind, wie ihren kurzen *Vitae* zu entnehmen sind, alle die Experten für ihr Thema und arbeiten auf dem Gebiet der preußischen und preußisch-deutschen Geschichte zusammen.

Die Bilanz im ersten Beitrag dient der Auffrischung der Erinnerung an wesentliche Leistungen Preußens und des Reiches auch im Vergleich zu westlichen Staaten. Die weiteren beleuchten einige der Entwicklungen und Tatbestände, hauptsächlich von 1800 bis 1918, die für Effizienz stehen und für die Schwierigkeit, sie erfolgreich durchzusetzen.

Manfred Backerra, Oberst a.D., Regioleiter Hamburg der SWG, hat das Seminar konzipiert und geleitet.

